



Europäisches Parlament



Constanze Krehl
Mitglied des Europäischen Parlaments

Dr. Simone Raatz
Mitglied des Deutschen Bundestages

Europäischer Rat
Präsident
Herrn Donald Tusk
Rue de la Loi 175
1048 Brüssel
Belgien

2. März 2016

Appel zur Aufhebung der Wirtschaftssanktionen der EU gegen Russland

Sehr geehrter Herr Präsident,

als sächsische Volksvertreterinnen sind wir in den letzten Wochen und Monaten wiederholt mit Repräsentanten der sächsischen Wirtschaft ins Gespräch gekommen. Sowohl auf europäischer als auch auf Bundesebene beschäftigen wir uns als Parlamentarierinnen mit den Auswirkungen der Wirtschaftssanktionen. Besonders ostdeutsche und sächsische Unternehmen pflegen zu Russland enge Beziehungen. Diese sind durch die Sanktionen nachhaltig beschädigt worden. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen leiden unter den Sanktionen und sind teilweise in Existenznot geraten. Langwierige Prüfungen der Ausfuhrkontrollen erschweren die Geschäfte. Für sächsische Firmen ist bereits ein wirtschaftlicher Schaden von 250 Mio. Euro zu verzeichnen.

Die Wirkung von Wirtschaftssanktionen ist umstritten. Sie können dazu führen, dass sich die Menschen im betroffenen Land stärker mit ihrer nationalen Regierung solidarisieren und damit der Regierungskurs bestätigt wird. In diesem Fall befördert die Europäische Gemeinschaft die weitere Isolierung Russlands. Damit wird sie ihrer Verantwortung als außenpolitischer Akteur nicht gerecht. Russland sollte stattdessen als wirtschaftlicher und politischer Partner stärker an Europa angebunden werden. Nur gemeinsam mit Russland als starken Partner an unserer Seite werden wir die zukünftigen Herausforderungen meistern.

Als ehemalige Vorsitzende der Delegation der Beziehungen des Europäischen Parlaments zu Russland und als stellvertretende Vorsitzende des Forschungsausschusses im Bundestag schließen wir uns der Forderung der Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlins an und appellieren dringend an Sie, sich für die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Constanze Krehl
Mitglied des Europäischen Parlaments

Simone Raatz
Mitglied des deutschen Bundestages

Anlage: Schreiben der Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin



IG der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin
c/o UV Sachsen e. V. • Bergweg 7 • 04356 Leipzig

Europäischer Rat
Präsident
Herrn Donald Tusk
Rue de la Loi / Wetstraat 175
B-1048 Brüssel

- Unternehmerverband Berlin e.V.
- Unternehmerverband Brandenburg-Berlin e.V.
- Unternehmerverband Rostock-Mittleres Mecklenburg e.V.
- Unternehmerverband Sachsen e.V.
- Unternehmerverband Sachsen-Anhalt e.V.
- Initiativegruppe Thüringen
- Unternehmerverband Vorpommern e.V.
- Unternehmerverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.

Kontaktbüro der IG:

Unternehmerverband
Sachsen e.V.
Bergweg 7
04356 Leipzig
Tel. 0341 52625 844
Fax 0341 52625 833
E-Mail: info@uv-sachsen.org

Leipzig, 29. Februar 2016

Sehr geehrter Herr Präsident,

mit Bedauern haben wir, das heißt die Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin, zur Kenntnis genommen, dass die Sanktionen gegen Russland von der Europäischen Union verlängert worden sind.

In unseren Schreiben vom 13. August und 24. Oktober 2014 haben wir den EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker davon in Kenntnis gesetzt, dass mit den wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland der falsche Weg eingeschlagen wurde und das man nur über einen konstruktiven Dialog, der Russland eine wirtschaftliche Perspektive bietet, den Frieden in Europa langfristig sichern kann.

In seinem Antwortschreiben vom 25. September 2014 teilte Herr Juncker uns mit, dass nach seiner Meinung Russland einer der zentralen Partner der Europäischen Union und zugleich wichtiger Wirtschafts- und Modernisierungspartner (rund 50% des Handels und 75% der Investitionen) ist. Der Zweck der Sanktionen sein nicht, Russland in irgendeiner Art zu bestrafen, sondern vielmehr Russlands Bereitschaft zu einer politischen Lösung der Krise in der Ukraine durch konkrete Schritte zu erreichen. Wir haben das Problem der wirtschaftlichen Sanktionen auf die Handelsbeziehungen des ostdeutschen Mittelstands angesprochen und im ersten Antwortschreiben keine Antwort darauf erhalten.

Auf unser Drängen im zweiten Schreiben vom 24. Oktober 2014 antwortete er mit der Feststellung, dass die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen zwar gering, aber doch in einzelnen Branchen schwerwiegender sind. Das klang sehr positiv, doch jetzt werden die Sanktionen verlängert und die Auswirkungen auf den Mittelstand vor allem in Ostdeutschland sowie vor allem auch auf die Landwirtschaft werden immer kritischer.

Die mit den Sanktionen verbundenen Belastungen kosten laut dem Präsidenten der Deutschen Bauernverbandes Herrn Rukwied jährlich fast eine Milliarde Euro und sind mitverantwortlich für den Verfall der Preise bei Fleisch, Milch und Getreide.

Wir fordern Sie hiermit auf, alles zu tun um die Sanktionen gegen Russland zu beenden. Natürlich muss die Europäische Union eine klare Linie fahren wenn Russland und Putin gegen das Völkerrecht verstoßen. Aber Europa hat Putin schon vorher ausgegrenzt und braucht ihn jetzt wieder als Partner im Syrienkonflikt. Wir dürfen uns in Europa nicht vor den amerikanischen Karren spannen lassen, damit die Amerikaner in die entstandenen wirtschaftlichen Lücken stoßen und die Russen den Asiaten in die Hände treiben. Man kann amerikanische und russische Verstöße gegen das Völkerrecht nicht mit zweierlei Maß messen. Wir wollen, dass die die mühsam aufgebauten und von der Politik geförderten Handelsbeziehungen der mittelständischen Unternehmer in Deutschland nicht durch die Sanktionen torpediert werden. Es muss sich eine Mehrheit in der Europäischen Union finden, die Russland wieder als Partner unserer Wirtschaft und unserer Politik zurück holt und fest an Europa bindet. Natürlich gehört dazu viel Fingerspitzengefühl aber ich glaube, da sind wir bei Ihnen an der richtigen Adresse. Ich würde mich freuen, wenn wir von Ihnen eine Antwort bekommen die auf einen Aufschwung der Wirtschaftsbeziehungen mit Russland hoffen lässt.

Mit freundlichen Grüßen



Hartmut Bunsen
Sprecher der Interessengemeinschaft
der Unternehmervverbände Ostdeutschlands und Berlin